

1874.

Die Rechtsanwae und Notare Mellien in Frankfurt a. D., Cons- in Waldburg und Adernann in Neustadt E.-W. sind in glei- Eigenschaft an das Stadtgericht in Berlin veretzt worden, der tsanwalt und Notar Krüger zu Birnbaum ist in gleicher Ei- schaft an das Kreisgericht zu Rawicz, mit Anweisung seines Wohn- daselbst veretzt worden.

□ **Berlin**, 17. Juni. In landwirthschaftlichen Kreisen wird jetzt über die Frage ventilirt, bezüglich der Besetzung des vakanten Postens eines landwirthschaftlichen Ministers. Es heißt, daß

— Der kürzlich ansiehend von verschiedenen Seiten signalisirten Nachricht, daß für die nächste Landtagssession der Entwurf einer neuen Gemeindeordnung in Aussicht genommen worden sei, wurde in mehreren Blättern widersprochen. Wie ein hiesiges Blatt von zuverlässiger Seite erfährt, besteht an maßgebender Stelle augenblicklich wirklich die Absicht, einen solchen Entwurf dem nächsten Landtage vorzulegen. Ob sich aber die in den Weg tretenden Schwierigkeiten so schnell beseitigen lassen werden, ist eine andere Frage. Der Entwurf einer Landgemeindeordnung für die sechs östlichen Provinzen liegt im Ministerium des Innern schon seit einigen Jahren fertig vor. Weshalb derselbe nicht vorgelegt worden, mögen die Götter wissen. Es liegt auf der Hand, daß das Zustandekommen eines allgemeinen Unterrihtsgesetzes und auch einer allgemeinen Begeordnung erst dann mit Sicherheit zu erwarten und von Nutzen ist, wenn dem Staate eine wirkliche, seinen innewohnenden Kräften entsprechende Organisation gegeben sein wird, wenn namentlich die Unvollkommenheiten unserer Gemeindeordnungen beseitigt sein werden. Ueber die Stellung der Gemeinde zur Schulsozietät kann erst dann mit Nutzen eine gesetzliche Feststellung erfolgen, wenn zuvor die Gemeindeverhältnisse im Allgemeinen gesetzlich geregelt sind. Am nothwendigsten ist dies in den sechs östlichen Provinzen, in welchen die Fortbildung der Gemeindegesetzgebung so sehr vernachlässigt ist, daß, wenigstens auf dem platten Lande, die politischen Gemeinden größtentheils noch gar nicht die Träger der Schullasten sind, sondern daß diese Lasten auf die verschiedenartigste und verworrenste Weise theils nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, theils nach provinziellen Rechten und Gewohnheiten aufgebracht werden. Die Vorschriften des Allgemeinen

Die Grundbestimmungen lauten: Artikel 1. Die Christkatholische Kirche der Schweiz beruht auf den Kirchengemeinden, beziehungsweise Ortsvereinen, welche in der katholischen Nationalsynode das einheitliche Organ ihrer Gemeinschaft besitzen. Art. 2. Innerhalb dieser Gemeinschaft können besondere Verbindungen zu Kantonal- oder Kreissynoden stattfinden. Die Art. 3—5 handeln von den besonderen Bestimmungen über die Gemeinden. Als Kirchengemeinden werden einerseits diejenigen betrachtet, welche in ihrer Mehrheit die vatikanischen Dekrete vom 18. Juli 1870 verworfen haben und sich auf dem Boden dieser Verfassung stellen, andererseits gleich gesinnte Minderheiten in den Kirchengemeinden (Art. 3.) Jede Gemeinde ist für ihre inneren Angelegenheiten (Pfarrwahl &c.) unter Beachtung der staatlichen Gesetze und dieser Verfassung selbständig; die Gemeindevorgaben unterliegen der Genehmigung der Nationalsynode (Art. 4.). Auch die Ortsvereine sind verpflichtet, ihre Realelemente vorzulegen. Die Konstitution erfolgt durch Annahme der Statuten des schweizerischen Vereins. (Art. 5.) Die Kantonal- oder Kreissynoden (Art. 6) entstehen, wenn sich mehrere Gemeinden (Vereine) innerhalb dieser Verfassung zur Erledigung gemeinsamer Angelegenheiten verständigen. Die Art. 7—16 handeln von der Nationalsynode, welche jährlich wenigstens einmal zusammentritt. Sie ist das oberste gesetzgebende und entscheidende Or-



gan der christkatholischen Kirche in der Schweiz. Ihre Mitglieder sind: der oder die Bischöfe, die Mitglieder des Synodalkatholischen, die im Amte stehenden katholischen Priester der Schweiz (wenn sie sich unter Anerkennung dieser Verfassung gemeldet haben), Delegirte der Gemeinden (auf je 200 Stimmberechtigte einer, doch sollen auch die weniger Stimmberechtigten Gemeinden einen Delegirten senden), Delegirte der Ortsvereine (200 : 1). Der Synodalkatholische prüft die spätestens acht Tage vor Eröffnung an ihn zu sendenden Wahlprotokolle; über beanstandete Wahlen entscheidet die Synode. Das Mandat der Delegirten dauert vier Jahre. Der Synodalkatholische seinerseits und 4 der Synodalkatholischen ihrerseits haben das Recht, eine außerordentliche Synode zu veranstalten. Der Synodalkatholische begutachtet die Anträge, Petitionen, Beschwerden etc. an der Synode. Zu diesem Zwecke müssen ihm dieselben 14 Tage vor der Synode eingereicht werden; geschieht dies nicht, so ist behufs deren Behandlung eine Dringlichkeits-erklärung von 3 der Mitglieder notwendig. Der Synode steht die Wahl des Synodalkatholischen zu, welcher (Art. 17-19) neben dem Bischof die vorberatende und vollziehende Behörde ist und aus fünf Laien und vier Geistlichen (mit Einschluß des Bischofs) besteht, deren regelmäßige Amtsdauer vier Jahre beträgt. Der Bischof (Art. 20-23), der, unter Vorbehalt der Anerkennung (Mitwirkung) der betheiligten Regierungen, von der Synode gewählt wird, hat innerhalb der Verfassung „alle Rechte und Pflichten, welche nach christkatholischer Begriff dem Episkopat beigelegt werden.“ Er hat sofort nach Annahme der Wahl ein Amtsgelöbniß abzulegen. Bei Erledigung des bischöflichen Amtes besorgt ein Hilfsbischof (eventuell ein vom Synodalkatholischen gewählter Priester) die bezüglich Funktionen. Die Pfarren (Art. 24-27) werden nach den bestehenden staatlichen Gesetzen und Verordnungen gewährt. Wahlfähig als Pfarrer ist, wer a) die Priesterweihe empfangen hat, b) sich über bürgerliche Rechtsfähigkeit und unbescholtene Sitten ausweist, c) den Nachweis genügender wissenschaftlicher Befähigung leistet. Der Bischof kann, jedoch nur im Einverständniß mit dem Synodalkatholischen und dem Gemeindevorstande einen Pfarrer auf höchstens drei Monate suspendiren. Eine Verlängerung der Suspension oder der Ausschluß aus der Synode kann nur durch diese letztere selbst verfügt werden.

In den Uebergangsbestimmungen wird das Zentralkomitee des schweizerischen Vereins freikirchlicher Katholiken beauftragt: a) den Verfassungsentwurf der Bundes- und den betheiligten Kantonsregierungen mitzutheilen und um allfällige Gegenbemerkungen zu bitten; b) mit den Kantonsregierungen über ihre Mitwirkung bei der Bischofswahl, insbesondere bei der Wahl und Dotirung des ersten Bischofs, zu unterhandeln; c) dieselben zu ersuchen, die nöthigen Schritte zur Aufstellung einer Prüfungskommission für christkatholische Kandidaten der Theologie zu thun, und d) baldigst eine neue Delegirtenversammlung zur zweiten und definitiven Berathung der Verfassung einzuberufen.

Von den Städten, die sich um die Ehre des Bundesgerichtssitzes bewerben, Lausanne, Neuenburg, Luzern, Freiburg, Bern, Solothurn, Basel, Aarau und Zürich, scheinen nur Lausanne und Luzern ernstlich in Frage zu kommen und von diesen beiden hat Lausanne unverkennbar die meisten Chancen. Es herrscht das Gefühl, daß man bei der eignen Gütervertheilung die welsche Schweiz doch einigermaßen berücksichtigen müsse und vielerorts dürfte man froh sein, dies auf so billige Weise thun zu können. Das neue Finanzgesetz des Kantons Wallis, für das man die Volksabstimmung zu umgehen sucht, enthält folgende wirklich ungeheuerliche Bestimmung: „Jeder auswärtige Kreditur hat in Wallis die Steuer zu bezahlen für das Guthaben, das er an einem Walliser Bürger besitzt; diese Steuer wird der Debitor zum Voraus erlegen und deren Betrag nachher dem Kreditur am Zins abziehen.“ Dies ist wohl das rechte Mittel, den Handel des Kantons zu lähmen und am Aufschwunge zu hindern.

**Paris, 16. Juni.** Das Votum der französischen Nationalversammlung vom 15. Juni (vgl. unter Paris des heutigen Hauptblattes. — Red. der Boserer Ztg.), durch welches die Dringlichkeit für den Antrag des linken Centrums beschlossen wurde, der dem Dreißiger-Ausschusse für die Ausarbeitung der konstitutionellen Gesetze eine Direktive im Sinne der Errichtung der Republik als definitiver Staatsform erteilen will, ist, wie sich herausstellt, durch eine bloße „Gelegenheitsmehrheit“ zu Stande gekommen; indem mehrere Deputirte, die gegen die Dringlichkeit gestimmt zu haben erklären, in der Liste, welche der Proklamirung des Abstimmungsergebnisses zu Grunde liegt und mit dem amtlichen Sitzungsberichte im „Journal officiel“ veröffentlicht wird, unter denjenigen aufgeführt werden, die am Votum nicht theilgenommen haben. Es befinden sich darunter eigenthümlicher Weise der Vicepräsident des Ministerraths Kriegsminister Cissay und der Bautenminister Caillaux. Diese Irrthümer sind bei einer so wichtigen Abstimmung geradezu unerklärlich, da die übrigen Minister sämtlich gegen die Dringlichkeit gestimmt haben. Da der Kriegsminister Cissay in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung eine förmliche Erklärung abgab und das Ministerium zu seinem Votum mit der Minorität beglückwünschte, so ist ersichtlich, daß der Marschall Mac Mahon gegen die Gelegenheitsmehrheit vom 15. Juni und für die bonapartistische Strömung im Lande Partei ergreift. Der Bericht der Dreißiger-Kommission über den Antrag des linken Centrums wird nicht vor vierzehn Tagen erwartet. 21 Mitglieder dieser Kommission haben gegen die Dringlichkeit gestimmt. Nach der Geschäftsordnung der französischen Nationalversammlung bedeutet die „Dringlichkeit“ nicht die sofortige Berathung des Gegenstandes, für welchen sie beschlossen worden ist, sondern seine Erledigung in einmaliger Berathung. — Der Herzog von Caracul-Bisaccia, der am 15. Juni den Antrag auf Proklamirung der Monarchie mit Heinrich V. als König gestellt hatte, dessen Ueberweisung an die Dreißiger-Kommission abgelehnt wurde, hat seine Entlassung als Botschafter der französischen Republik in London eingereicht; dieselbe angenommen worden.

**Versailles, 15. Juni.** [Nationalversammlung.] Vor der heutigen Sitzung hielten alle parlamentarischen Vereine Versammlungen ab, um zu berathen, ob man die Dringlichkeit für den Antrag Casimir Perier's gestatten wolle. Derselbe hat den 3. Paragraphen seines Antrags abgeändert. Dieser Paragraph, der in seiner ersten Fassung nach Artikel 111 der Verfassung von 1848 die vollständige oder theilweise Revision der Verfassung vorgenommen, lautet jetzt: „Die vollständige oder theilweise Revision der Verfassung wird in der Form und zu den Zeiten stattfinden, welche das konstitutionelle Gesetz bestimmen wird.“ Die Diskussionen in den verschiedenen Vereinen waren ziemlich stürmisch. Besonders heftig ging es im rechten Centrum zwischen Audiffret-Pasquier und seinen Freunden, welche für die Dringlichkeit sind, und dem übrigen Theile des rechten Centrums, der darauf nicht eingehen wollte, her. Broglie hat sich gegen Audiffret-Pasquier erklärt und will folgenden Gegenantrag stellen: „Die Kommission der konstitutionellen Gesetze nimmt als Basis ihrer Arbeiten folgende Bestimmungen an: 1) Der Marschall Mac Mahon übt die Gewalt, mit der er beehrt ist, unter dem Titel eines Präsidenten der Republik aus. 2) Die geschehene Gewalt wird zwischen zwei Kamern getheilt. 3) Der Präsident der Republik hat das Recht, die Deputirtenkammer aufzulösen. 4) Nach Ablauf der Gewaltendes Marschalls Mac Mahon werden die beiden in einen Kongreß zusammengetretenen Kammern seinen Nachfolger bezeichnen oder über die totale oder partielle Revision der Verfassung statuiren.“ — Bei Beginn

der Sitzung war es noch unbekannt, welchen Entschluß das rechte Centrum gefaßt. Die äußerste Rechte (72 Mitglieder) will für die Dringlichkeit stimmen, jedoch soll diese Gelegenheit benutzt werden, um einen Antrag zur Herstellung der Monarchie zu stellen. Die äußerste Linke hat sich mit Ausnahme von Louis Blanc, Ledru-Rollin, Macquet, Martin Bernard und Peyrat für Casimir Perier erklärt: Gambetta und seine Freunde wurden wegen der Befürchtungen, welche ihnen die bonapartistischen Umtriebe einflößen, bestimmt, Hand in Hand mit dem linken Centrum zu gehen. Louis Blanc bleibt immer der Alte und will wieder, wie 1848, den Bonapartisten in die Hände arbeiten. Kurz vor der Eröffnung der Sitzung erfährt man, daß das rechte Centrum mit großer Majorität beschlossen habe, seinen Gegenantrag zu stellen und gegen die Dringlichkeit des Perier'schen Antrags zu stimmen. Oben mitgetheilte Antrag, der das Programm der Majorität des rechten Centrums enthält, wird als persönlicher Antrag von Lambert de Sainte-Croix niedergelegt werden. Der Sitzungssaal ist überfüllt. Der neue päpstliche Nuncius ist ebenfalls anwesend. Die Marschallin Mac Mahon befindet sich in dem Hintergrund ihrer Loge und macht Notizen, was allgemeines Aufsehen erregt.

Die Sitzung wurde um 2½ Uhr eröffnet. — Casimir Perier trägt den bereits bekannten Antrag mit der oben erwähnten Abänderung des 3. Paragraphen vor und theilt dann den Eingang zu seinem Antrag mit: „Meine Herren!“ — so lautet derselbe seinem Hauptinhalt nach — „Hören Sie um Sich, sehen Sie, was vorgeht! Sie können nicht umhin, Sich Rechenschaft über die Leiden der Industrie, des Ackerbau und des Handels abzulegen. Die Bevölkerungen, welche leiden, schreiben mit zu großer Leidenschaft diese Leiden Ihrer Unentschlossenheit zu. Sehen Sie dieser Ungewißheit ein Ziel. Machen Sie der Kühnheit der Parteien, die Ihre Beschlüsse nicht achten, ein Ende! Frankreich hat zu oft gesehen, daß Männer an die Stelle der Institutionen treten; es ist heute von diesem Irrthum zurückgekommen und es erwartet Erfüllung der am 20. November gegebenen Versprechungen. Republik oder Monarchie! das ist die Frage, welche Ihnen heute gestellt wird. Dem Lande eine Regierung ohne Namen, die der Masse des Landes unverständlich ist, geben, heißt im Voraus: jedes Unternehmen zur Unzufriedenheit verurtheilen. Schreiben Sie Ihrer Kommission den Weg vor, den Sie gehen muß. Und da Sie ihr die Vorbereitung der konstitutionellen Gesetze anvertraut haben, so sagen Sie ihr, daß sie entweder die Monarchie oder die Republik herstellen muß. Die Monarchie ist heute unmöglich. (Widerspruch rechts.) Gründen Sie deshalb die Republik, organisiren Sie die Regierung, damit das Land nicht dem Cäsarismus oder der Demagogie anheimfalle.“ Der Bericht schließt, indem er die Versammlung bittet, aus dem Provisorium herauszutreten. (Lebhafter Beifall links.) — Lambert de Sainte-Croix stellt nun seinen oben erwähnten persönlichen Antrag. — General Changarnier tritt für denselben ein. Der Antrag Casimir Perier's sei unheilvoll, die Dringlichkeit zu verwerfen. — Laboulaye glaubt als Mitglied der konstitutionellen Kommission, daß es notwendig sei, dieser Kommission eine Richtung zu geben. Vor Kurzem habe man in den Zeitungen gelesen, daß man das unversöhnliche, dann das persönliche Septennium, die Monarchie, die Republik wolle. Es sei daher notwendig, daß die Versammlung sich ausgespreche. Wenn die letzten Ereignisse (in Saint-Lazare) die Kammer nicht aufklären, so falle Frankreich in den Abgrund und die Schande. Heute könne man nur unter drei Dingen wählen: das Kaiserreich annehmen, das Provisorium aufrechterhalten oder die Republik gründen. Das Kaiserreich, das zwei Invasionen herbeigeführt und das ihn (den Redner) beim Plebiszit schließlich betrogen habe! (Ranger Beifall.) Die Republik; man sage, daß sie die schlechteste Regierung sei; sie sei aber noch besser als das Provisorium. Das ermüdete Land werde, wenn man es in denselben stecken lasse, den ersten besten Abenteuerern nehmen. Redner belobt hier die Republikaner wegen ihres Auftretens während des Krieges, sagt, daß ihnen die Royalisten zur Seite gestanden, und hofft, daß sie auch heute mit ihnen votiren werden. — Kerdrel (Rechts) bekämpft die Dringlichkeit: man wolle die Republik durch Ueberraschung gründen, als ob man über so wichtige Dinge in einer Sitzung entscheiden könnte. Er weist auf die Nothwendigkeit hin, die Majorität vom 24. Mai aufrecht zu erhalten, und sagt die schreckliche Anarchie voraus, wenn durch eine andere Majorität die Verfassung geändert werden würde. — Leon Say (linkes Centrum) spricht sich gegen die Intervention der Herren Lambert de Sainte-Croix und de Kerdrel aus: Das Land wolle eine Entscheidung und das Provisorium könne nicht mehr aufrecht erhalten werden. — Raoul Duval verlangt Berufung an das Volk. — Casimir Perier spricht nochmals für seinen Antrag. Schluß der Debatte. Man schreitet nun zur Abstimmung. Während der Abstimmung wird die Sitzung suspendirt. Um 4 Uhr wird die Abstimmung bekannt gemacht. Die Dringlichkeit für den Antrag von Casimir Perier und Consorten wird mit 345 gegen 341 Stimmen erklärt. (Große Erregung.) Die Kammer beschließt dann, den Antrag an die konstitutionelle Kommission zu verweisen. — Lambert de Sainte-Croix verlangt, daß man seinen Antrag ebenfalls an die Kommission verweise, was auch geschieht. Der Herzog de la Rochefoucauld-Bisaccia, Botschafter in London (äußerste Rechte), bezieht nun die Tribüne (allgemeine Erregung) und stellt folgenden Antrag: Die Nationalversammlung decretirt: Art. 1. Die Regierung Frankreichs ist die Monarchie. Der Thron gehört dem Oberhaupt des Hauses Frankreich. Art. 2. Der Marschall Mac Mahon nimmt den Titel eines General-Lieutenants des Königreichs an. Art. 3. Die politische Konstitution Frankreichs werden durch die Uebereinstimmung zwischen dem König und den Repräsentanten der Nation geregelt. (Großer, unendlicher Beifall auf der Rechten.) Der Herzog verlangt die Dringlichkeit und die Verweisung des Antrages an die konstitutionelle Kommission. Man schreitet zur Abstimmung über diesen Antrag. Die erste Abstimmung ist zweifelhaft. Bei der zweiten Abstimmung beschließt die Versammlung, daß der Antrag nicht an die Kommission verwiesen wird. Große Erregung im Saal. Die Minister stimmen gegen den Antrag ihres Botschafters von London. Man bemerkt, daß Prinz von Joinville und Herzog Broglie sich der Abstimmung enthalten. Man will nun zur Diskussion über den Antrag Tirard (Gold- und Silbersachen) übergehen. Ab.: die Versammlung ist zu erregt und die Sitzung wird um 5½ Uhr aufgehoben.

**Madrid, 12. Juni.** Wir leben in dem erhebenden Bewußtsein, in dieser „todten Saison“ die Augen der Welt auf uns gerichtet zu wissen, und zweifeln nicht daran, daß Fürst Bismarck alle anderen politischen Sorgen in Berlin zurückgelassen, sich aber die „spanische Frage“ bei seiner Abreise nach Vargin miteingepackt hat. Seit vollends der Staatsminister Alva in seinem Rundschreiben an die spanischen Vertreter im Ausland die fremden Staatsmänner über Spaniens Bedeutung für Europa's Ruhe und die richtige Politik in den cosas de Espana unterwiesen hat, ist kein Zweifel, daß alle auswärtigen Minister das Memorandum und das Manifest so eifrig studiren, wie unser Finanzminister Camacho die Finanzlage und seine ihm selbst unergründlichen Pläne. Das Rundschreiben oder „Memorandum“ hat zwei Theile, von denen der über den Charakter der gegenwärtigen Lage den anderen mit dem stolzen demüthigen Anliegen um die diplomatische Anerkennung nicht gerade unterstützt. Wird die interimistische Natur des gegenwärtigen Zustandes in dem letzten offiziellen Aktensstücke schärfer betont, als irgendwo bisher, wird eine endgültige Entscheidung über die Staatsform durch gesetzliche Befragung des Landes in möglichst kurzer Frist in Aussicht gestellt: so wird diese Aussicht auf einen neuen Wechsel die auswärtigen Mächte nicht bestimmen, sich mit der Anerkennung mehr als bisher zu beeilen. Die Frage der Anerkennung ist übrigens mehr ein Grenzpunkt für die jeweilige Regierung, als von praktischem Werthe. Höchstens könnte von Frankreich gehofft werden, daß es einer „anerkannten“ Regierung gegenüber vielleicht geneigter wäre, die internationalen Pflichten besser zu erfüllen, welche ihm auch ohne Anerkennung obliegen.

Als der interimistische Geschäftsträger in Paris, Herr Hernandez, dem Minister des Auswärtigen das Memorandum vortrug, wurde die Vorschubleistung, deren sich die Carlisten an der Grenze erfreuen, besprochen. Es ist aller Welt bekannt, daß der Präsekt der Basses-Pyrenées, Herr v. Nabailac, sich von Anfang an zum Helfershelfer des Don Carlos hergegeben hat. Aber der Regierung gegenüber mußte er sich, wie es scheint, so zu decken, daß ihm für seine Person eine Verschuldung nicht nachzuweisen ist. Doch soll eine Verlegung dieses Präsekten endlich beschlossen sein. Die Stimmung gegen die Franzosen ist hier jedoch eine so erbitterte geworden, daß eine solche verspätete Genugthuung darin nicht viel ändern könnte. Der Sag-feldt-Schwindel trägt schließlich auch noch dazu bei, die Spanier gegen den Nachbar aufzubringen. Aus einem pariser Telegramm erfährt man, daß die spanische Regierung dem Kabinett von Versailles die Versicherung gegeben habe, es werde über keine „deutsche Kandidatur“ verhandelt. Diese Versicherung, schließt man mit Recht, setzt eine Anfrage der pariser Regierung voraus. Wer giebt ihr, fragte der entriüpfte Spanier, das Recht, sich in spanische Angelegenheiten mischen? Es ist nur zu verwundern, daß sich die madridrer Pressen von der französischen noch nicht so weit emancipirt hat, um sich dem Eindruck eines französischen Zeitungsartikels entziehen zu können. Die Presse des Nachbarlandes ist es gewesen, welche die journalistische Dummheit der madridrer Kollegen zu dem Ungeheuer aufgeblasen hat, dessen veränderte Gestalt noch immer in den Marktbuden der pariser Blätter vorgewiesen wird. Ich habe nicht die Ehre, z. B. den Herrn Korrespondenten der „Débats“, noch seine gute Quelle zu kennen: wohl aber kann ich versichern, daß ein Blick in die „Correspondencia“ oder eine Tasse Kaffee bei Fornos dem Herrn seine Quellenstudien ersparen könnten, vielleicht auch erpart haben. Wenn jetzt den „Débats“ von einem Empfang des Grafen Sagfeldt in versammeltem Ministerrath berichtet wird, wenn von einem „preussisch-spanischen Bündniß“, das er trotz alledem und alledem anzuknüpfen die Mission habe, die Rede ist, so ist es kurios, wie die Madridrer Blätter sich befinden können, was daran sein möge. Um in französischem Stile zu reden, bin ich in der Lage, Ihnen „aus vorzüglicher Quelle“ zu versichern, daß die neueste Kandidatur die eines österreichischen Prinzen ist. Als Redaktionsgeheimniß kann ich Ihnen anvertrauen, daß an derselben Quelle ein passable Bier getrunken wird. Für die Partei-Politik ist von Interesse, daß das Organ der antibonapartistischen Monarchisten, die ihre Kandidatur, wenn sie eine haben, mit dem Schleier des Geheimnisses umhüllen, — daß der „Imparcial“ heute mit der bestimmten Erklärung herausdrückt: weder er, der „Imparcial“, noch sein Gründer, der ehemalige Minister Gasset y Artime werden, obwohl Monarchisten, jemals die Blicke nach Preußen richten, um ihren Kandidaten zu suchen.

Nach dem Grafen Sagfeldt ist der neue nordamerikanische Vertreter Herr Caleb Cushing, der Alp der spanischen Patrioten geworden. Er soll die Abwidlung des Virainius Handels (die Entschädigung der Gefangenen, die Bestrafung der schuldigen spanischen Behörden) zu betreiben haben. Aus diesem Anlaß ist die Sorge wieder einmal in den Vordergrund getreten, die Vereinigten Staaten beabsichtigen eine gründliche Auseinandersetzung wegen Kubas.

Es gilt nun für sicher, daß die Operationen des Generals Concha die Einnahme von Estella zum Ziel haben. Die Entmuthigung der Carlisten, welche sich schon jetzt durch die steigende Zahl der Ueberläufer und giebt, dürfte durch den Erfolg gegen Estella eine entscheidende Steigerung erfahren. Die Carlisten sollen die bergige Umgebung von Estella angeblich mit 30,000 Mann besetzt und ihre Stellungen durch Verhau und Gräben verschützt haben. Ueber eine Spaltung, die unter den Carlisten in Orreaga ausgebrochen ist, müßte man genauere Nachrichten haben, um sie schätzen zu können. Unter der Führung des Pfarrers Barraondo und des Offiziers Alcosta hat sich eine Partei von „Fueristas“ empört. Der Name erinnert an die Friedens-Bewegung, welche im Jahre 1838 von Munnagorri unter dem Rufe „Frieden und Fueros“ in Szene gesetzt wurde. Diese günstige Meinung von den neuen „Fueristas“ wird nur durch die Noth zweifelhaft, daß die Sezessionisten den Pfarrer Santa Cruz, gewiß keinen Friedensapostel hoch leben ließen.

**Petersburg, 15. Juni.** [Bevorstehender Besuch der Königin Victoria. Mennoniten. Maßregeln gegen die Trunksucht. Großer Waldbrand.] Einem hiesigen wohlunterrichteten Blatte zufolge dürfte der, wenn auch noch nicht offiziell feststehende Besuch der Königin Victoria von England am hiesigen Hofe Ende August oder Anfang September erfolgen. Für die Ankunft der Monarchin werden jetzt bereits Vorbereitungen getroffen. So müssen bis zum 30. August die prächtigen kaiserlichen Waggons, die dazu bestimmt sind, dem Eisenbahnzuge einverleibt zu werden, der für die Königin in Bereitschaft gehalten wird, neu decorirt und ausgestattet fertig gestellt werden. Diese Waggons waren für die Kaiserin der Franzosen bestimmt und sind von dem hiesigen Hofe für einige 40,000 Rubel angekauft worden. — In der Auswanderungsfrage der Mennoniten ist jetzt eine günstige Lösung erfolgt. Man hat ihnen die Wahl gelassen, ihrer Militärdienstpflicht in den Hospitälern, im Forstdienste oder als Handwerker zu genügen, auch während der nächsten sechs Jahre von jeder Dienstleistung befreit. In Folge dessen haben die Meisten sich entschlossen, in Rußland zu bleiben, nur ein Theil der Selte, und zwar die fanatischen Anhänger derselben, geht nach Amerika. — Ich habe bereits des Oesteren mitgetheilt, daß sowohl von Seiten der Regierung wie der Gemeinden mannigfache Maßregeln getroffen worden sind, um dem hervorragenden feinen der sozialen Schäden des russischen Volkes, der Trunksucht, zu steuern. So werden gegenwärtig im Ministerium des Innern wiederum Vorschläge berathen, den Schankwirthen den Verkauf von Branntwein an bereits Betrunkene unter Strafandrohung zu verbieten. Das Recht, den Schankwirthen wegen dieses Vergehens zu verurtheilen, soll den Polizeibeamten, den Ortsbehörden sowie den Bewohnern des Trunkenen zugehen. — Wie dem „Golos“ aus Wilna gemeldet wird, stehen unweit der Station Besdany die sehr umfangreichen und gut kultivirten Waldungen des Grafen Tyskiewicz in Flammen. Man hat Soldaten aus der Stadt und Maschinen von der Eisenbahn zur Brandstätte requirirt.

**Petersburg, 10. Juni.** Im Herbst vergangenen Jahres spielte sich vor dem Bezirksgerichte in Moskau ein interessanter Prozeß ab, der im Publikum überall die größte Sensation machte. „Mutter Metropoline“, die Aelstin des Serpuchower Klosters nächst Moskau, suchte vor dem Gerichte Recht wider die Erben eines reichen Kaufmannes, Solodoweschkoff, der eben in Moskau verstorben war; es handelte sich um die bedeutende Summe von 550,000 Rubeln.



von denen die Aebtissin behauptete, daß sie der Verstorbenen ihr zum Besten des Serpuchow Klostere vermacht habe, während die rechtmäßigen Erben behaupteten, die Aebtissin habe keine rechtlichen Ansprüche auf den Nachlaß Solodomeskoffs, und sie der Erbschleicherei beschuldigten. Der Prozeß endete damit, daß der Gerichtshof in Moskau die Aebtissin mit ihren Ansprüchen abgewiesen hat, welches Urtheil dann auch die höheren Instanzen bestätigten. Die Aebtissin sollte aber von da an fortwährend mit dem Arme des Gesetzes zu thun bekommen. Bald wurde es in Moskau bekannt, daß sie in hervorragender Weise an einem großartigen Betrugtheil beteiligt sei, der auf Kosten eines anderen Moskauer Kaufmannshauses (Bopoff) ausgeführt worden ist; die Aebtissin ging auch hier darauf aus, einigemal hunderttausend Rubel auf ähnliche Weise wie die halbe Million von Solodomeskoff herauszulocken. Die Behörden mußten nun gegen die geheiligte Person der „Mutter“ Metrofanie einschreiten, aber diese suchte sich durch ihre ausgebreiteten und einflussreichen Connergien, die bis in die Hofkreise in Petersburg hinaufreichten, zu schützen, und es bedurfte lange, bis es der Behörde erlaubt wurde, mit einer profanen Hausdurchsuchungs-Kommission die geheiligten Hallen des Serpuchow Klostere zu entweihen. Das behördliche Einschreiten blieb nicht ohne Erfolg, man fand noch verschiedenes Andere, was die Aebtissin gravirte, und die Zahl der gegen sie anhängigen Untersuchungsfälle wuchs zusehends. Die Behörde fand es für unumgänglich notwendig, zur Verhaftung der Aebtissin zu schreiten, und erlangte auch nach einigem Hin- und Hertelegraphiren von Petersburg hierzu die Bewilligung. Nun ist das Anlagematerial gegen „Mutter“ Metrofanie gesichtet, und der Prozeß wird nächster Tage in öffentlicher Verhandlung beginnen. Als Zeugen sind hierzu nicht weniger als 192 Personen vorgeladen, darunter sehr viele Hochgestellte, besonders geistlichen Standes, Aebte und Aebtissinnen, mit denen Metrofanie im Verkehr stand. Russische Blätter theilen folgende interessante biographische Einzelheiten über diese zu trauriger Berühmtheit gelangte Frau mit:

Der Herkunft und der Erziehung nach gehört Metrofanie in die höchsten Schichten der russischen Aristokratie. Ihr Vater, Baron Rosen, hat den hohen Posten eines Statthalters des Kaiserthums bekleidet. Bei der glücklichen Stellung und den bedeutenden Mitteln, welche dem Oberhaupt der Rosen'schen Familie geboten waren, erhielten die Kinder selbstverständlich eine brillante Erziehung. Metrofanie wurde sofort, nachdem sie ihre Erziehung vollendet hatte, zum Hofräulein der Kaiserin ernannt. Der Umstand, daß eine ihrer Schwestern, die einen Fürsten von Georgien geheiratet hatte, sich in der Ehe unglücklich fühlte, veranlaßte sie, Hymens Banden ganz zu entsagen und den Schleier zu nehmen. In dem Kloster, in welches sie eingetreten war, wurde sie mit ihrer vortrefflichen Bildung in der Gesellschaft der übrigen Nonnen, die sich aus den Soldatenfreien und der niederen Kaufmannschaft rekrutirten, selbstverständlich allgemein als ein Phänomen angestaunt, und sobald sie das hierzu nöthige Alter erreicht hatte, wurde sie Aebtissin des Serpuchow Klostere. Dieses berühmte und einst sehr reiche Stift war in den letzten Jahren herabgekommen und schien dem gänzlichen Verfall zu sein. „Mutter“ Metrofanie faßte nun den Entschluß, Alles aufzubieten, um es wieder zu einem der reichsten und schönsten in Rußland zu machen, und arbeitete eine Reihe von Jahren hindurch mit einer seltenen Energie, mit Geschick und Scharfsinn an dieser Aufgabe. Gleich anfangs gelang es ihr, aus den Staatsforsten einige hundert Desjatinen werthvolles Bauholz zum Besten des Klostere geschenkt zu erhalten, dann beerbte sie eine überaus reiche Gutsbesitzerin, die ihr Alles vermacht hatte. Die Erben führten noch einen langwierigen Prozeß gegen sie, konnten jedoch nichts anrichten. Die bedeutenden Mittel, die sie auf diese Weise in ihre Hand bekam, verstand sie fruchtbringend zu verwerthen. Sie machte ihr Kloster zu einem wunderthätigen Wallfahrtsorte, indem sie darin die Gebeine eines großen Heiligen auffand und sie zur öffentlichen Verehrung ausstellte. Um es den Pilgern recht gemüthlich zu machen, richtete sie die ganze Umgebung des Klostere zu einer Art von religiösen Kurorten mit schönen Promenaden und einem herrlichen, groß angelegten Hotel ein. Selbst eine Eisenbahn baute sie von Moskau zu dem Kloster, um möglichst viele Besucher herbeizulocken. Gleichzeitig trieb sie auch Industrie und Landwirtschaft. Sie errichtete in Leupuchowo eine Kerzenfabrik und im Kloster selbst eine Goldwärferei für Kirchengewänder, deren Erzeugnisse auf der letzten Ausstellung in Moskau ausgezeichnet wurden. Auch auf der großen landwirtschaftlichen Ausstellung in Petersburg erhielt sie die Verdienst-Medaille für eine veredelte Gattung von „Klosterhörnvieh“. Ihr organisatorisches Talent wurde sehr geschätzt, und es wurde ihr der ehrenvolle Auftrag, noch ein zweites Kloster in Moskau und eines in Ploß einzurichten, zu deren Ehren-Aebtissin sie hierauf ernannt wurde. Zahlreich sind die Auszeichnungen, die ihr bei verschiedenen Anlässen zu Theil geworden sind: Diplome, Ehrenkreuze, darunter eines, ein großes schweres Exemplar von massivem Gold, mit Edelsteinen übersät, aus der Kabinetskanzlei des Kaisers. (Warsch. Ztg.)

## lokales und Provinzielles.

Posen, 18. Juni.

Obwohl Graf Ledóchowski durch Erkenntniß des königl. Gerichtshofes für Kirchensachen seines erzbischöflichen Amtes entsetzt ist, pflegen die Geistlichen von der Kanzel herab, wenn sie das allgemeine Kirchengeläute vernehmen, immer noch die Fürbitte für „unseren Oberhirten Mieczyslaus“ mitzusprechen, damit ihm zu Theil werde, daß „er über die von Christus (!) seiner oberhirtlichen Obhut anvertraute Herde sorgfältig wache.“ Um nun zu verhüten, daß im Volke der Glaube genährt werde, Graf Ledóchowski sei trotz Regierung und Gericht immer noch Erzbischof, soll dem Vernehmen nach die Regierung beabsichtigen, an die Geistlichen die Weisung ergehen zu lassen, jene Stelle aus dem öffentlichen Kirchengeläute wegzulassen.

An die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds ist seitens des Magistrats bereits die General-Obligation der Stadt Posen über das Darlehen von 750,000 Thlr. eingeschickt und kann nunmehr am 1. Juli das Darlehen abgehoben werden. In der letzten Zeit hat die gemischte städtische Kommission, welche zur Verwaltung des Darlehens gewählt worden ist, bestehend aus den Stadträthen Rump und L. Jaffe, und den Stadtverordneten: Kommerzienrath B. und S. Jaffe, und Justizrath Tschischke, unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Koblitz mehrere Sitzungen abgehalten, um vor Allem darüber zu beraten, auf welche Weise jene bedeutende Summe, für welche 4 1/2 % Zinsen, und 1 % an Amortisation gezahlt werden müssen, bis zu ihrer Verwendung nutzbringend angelegt werden können; denn gegenwärtig befindet sich noch keines der Projekte (Kanalisation, Theaterbau, Wallischewitzkanal), zu deren Realisirung das bedeutende Darlehen aufgenommen worden ist, in einem derartigen Stadium, daß bereits an die Ausführung gegangen werden könnte. 250,000 Thlr. sollen zur Ablosung der alten Stadtschulden verwendet und ein bedeutender Betrag auf 3 Jahre mit halbjähriger Kündigung hypothekarisch ausgeliehen werden. Die jährlichen Zinsen des Darlehens betragen zu 4 1/2 %: 33,750 Thlr., mit Amortisation 41,250 Thlr.

In Folge des Konkurrenzanschreibens zur Einleitung von Projekten für den hiesigen Theaterbau sind bis jetzt über 60 Meldungen aus allen Gegenden Deutschlands, davon einige auch aus Wien und Pest eingegangen. Es werden nun vom Magistrat allen diesen Architekten überandt: Situationspläne vom Wilhelmsplatz und

dessen Umgebung, Ansichten, Grundrisse und Durchschnitte des alten Stadttheaters, indem die Verwendung der Mauern des alten Gebäudes zu dem Neubau dem Belieben der Architekten anheimgegeben ist, ferner eine vorzüglich gelungene photographische Ansicht vom Wilhelmsplatz, welche im hiesigen Wechsel'schen Atelier angefertigt ist, und außerdem eine detaillierte Beschreibung der Anforderungen, welche an den neuen Bau gestellt werden.

In Betr. der Maigänge waren seitens mehrerer Eltern an den Magistrat Eingaben gerichtet worden, in denen der Wunsch ausgesprochen wurde, daß in diesem Jahre ebenso, wie in früheren Jahren die gemeinsamen Maigänge der städtischen Schulen abgehalten werden möchten. Der Magistrat hat jedoch mit Rücksicht auf die Konflikte zwischen Schule und elterlichem Hause, welche im vorigen Jahre durch die Maigänge hervorgerufen worden waren und welche ganz besonders unter den jetzigen Verhältnissen stets aufs Neue ausbrechen können, den Beschluß, nach welchem fortan die Maigänge unterbleiben sollen, aufrecht erhalten.

Zu der Rektoratsprüfung, welche hier in der vorigen Woche abgehalten wurde, hatte sich nur ein Kandidat gemeldet, welcher im vorigen Jahre die Mittelschullehrer-Prüfung bestanden hatte; die Rektoratsprüfung wurde von ihm nicht bestanden.

Fabrikation von Buttermilch. Ein Dienstmädchen, welches bei einem hiesigen Schuhmacher und Milchhändler dient, hat bei Gelegenheit einer Gefährde-Streitfrage zur Anzeige gebracht, daß ihre Herrschaft aus did gewordener Milch durch Hinzugießen von Essig Buttermilch fabrizire und daß die Leute, welche von diesem Fabrikate genossen, häufig über Leibschmerzen geklagt haben.

Ein Arbeiter von der Judenstraße wurde am 13. d. Mts. Abends, angeblich ohne jede Veranlassung, von einem Maurerpolier in der Nähe von Fort Lützen mit einem Instrumente ins Gesicht geschlagen und dadurch an beiden Augenlidern verletzt.

Falsche preussische Zehnthalerscheine vom 18. Juni 1867 zirkuliren gegenwärtig in unserer Stadt in ziemlicher Anzahl. Das Publikum wird deswegen bei Annahme dieser Scheine zur Vorsicht gemahnt.

Diebstähle. Einem Restaurateur auf der Schützenstraße wurden durch sein Dienstmädchen diverse Kleidungsstücke und Wäsche entwendet. — Einem Restaurateur in der St. Gerberstraße ist sein vor der Thür stehender Hund, 10 Thlr. werth, gestohlen worden. — Einem Kaufmann auf der St. Gerberstraße wurde aus verschlossenem Keller mittelst Anwendung eines Nachschlüssels 3 Töpfe mit 10 Pfund Gänsefett, 10 Thlr. werth, gestohlen. — Einem Arbeiter aus Berlin wurde heute Morgens gegen 3 1/2 Uhr, als er im Korridor des Centralbahnhofes eingeschlafen war, eine silberne Zylinderuhr mit silberner Kette entwendet. — Ein hiesiger Schuhmacher ist von einem Desultatiergehilfen auf der Breitenstraße wegen Unterschlagung eines Vottergewinnes von 3 Thlr. 20 Sgr. denunzirt worden.

Polizeibericht. Verloren: Ein goldenes Pincenez, eine roth-leberne (Judchen) Geldtasche mit grünem Futter, enthaltend einen Schuldschein über 2500 Thlr., ein Wechsel über 200 Thlr. und 5 einzelne Papierthaler, sowie Visitenkarten auf Mittelstadt, Klein-Rubin, Kreis Pleschen lautend, ein manegrauer Sommerpaletot, ein Fächer von rothem Juchtenleder mit Golddorn und rother Quaste und zwei Sterne zum Gürtel, ein goldenes Medaillon, 2 Photographien enthaltend, ein kleiner schwarzer Hund, Art Dogge, weiße Fußspitzen und weiße Brust, ein goldenes Medaillon mit 2 Photographien und ein Portemonnaie mit 3 Thlr. (1/2 Stücke) und 18 Sgr. 6 Pf. Inhalt. Gefunden: ein weiß- und braungefleckter Wachtelhund in einer Kastgrube, ein Sack mit einem Maurerhammer, einer Kelle und ein Taschentuch, ein Sack, gezeichnet „Dom. wiva wies“, enthaltend 4 St. messingene Lager, eine eiserne Scheibe und ein eisernes Getriebe zu landwirthschaftlichen Maschinen gehörig, ein Alpaca-Sonnenschirm, eine Räucherlampe von Metall, eine schwarze Kinderpelzine, ein Federmesser und ein kleines Körbchen.

Berichtigung. In dem gestrigen Lokalarartikel über das hier gefundene Skelett soll es in der dritten Zeile heißen: prognathischen (nicht orthognathischen) Brachycephalen.

Garnikan, 15. Juni. [Stadtverordnetenwahl. Rechtsanw.] Bei der heute stattgehabten Ersatzwahl eines Stadtverordneten für den nach Wronomir verlegten Rechtsanwalt Zborowski, welche zugleich Stadtverordneten-Vorleser war, wurde der Kaufmann Ph. Steinberg mit 28 Stimmen von 50 Stimmen zum Stadtverordneten gewählt; 21 Stimmen erhielt der Kaufmann Leon Cabel hier. — Wie es heißt soll die vom Herrn Zborowski innegehabte Rechts-Anwaltsstelle nicht mehr besetzt werden. Es ist dies ein großer Nachtheil für die Rechtssuchenden, und beabsichtigen deshalb die hiesigen Einwohner über die Wiederbesetzung qu. Stelle beim Kgl. Appellations-Gerichte zu Bromberg zu petitioniren.

## Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin, 17. Juni. Von theilnehmender Seite erfahren wir, daß die neue Gesellschaft, welche Herr Heinrich Duißorp mit Hilfe und im Interesse seiner Aktionäre zu errichten gedenkt, in der Bildung begriffen ist und daß die in Aussicht gestellten Propositionen noch vor Schluß dieses Monats an die Öffentlichkeit gelangen werden. Dem früheren Ersuchen an die Vereinst-Bank und Westend-Aktionäre, betreffend die Mittheilung ihres Aktienbesitzes der beiden Gesellschaften, ist schon in sehr ausgedehntem Maße Folge gegeben, bleibt aber auch für die Restanten noch zu empfehlen.

London, 17. Juni. Bei der gestern stattgehabten Wollversteigerung wurden die vollen Marktpreise erzielt.

## Ver mis ch t e s.

Berlin, 16. Juni. Der Kaiser wohnte vor seiner Abreise nach Ems am Sonnabend noch dem festlichen Vogelschießen bei, welches alljährlich um diese Zeit von dem Offiziercorps des 1. Garderegiments zu Fuß auf den Schießständen des Regiments im sogenannten „Katharinenholz“ zwischen dem Neuen Palais von Sanssouci, Bornstedt und Bornim veranstaltet wird. Er schoß dabei gleich auf den ersten Schuß dem aufgestellten Vogel die Krone vom Kopf und erhielt demgemäß den Ehrenpreis, einen kleinen silbernen Feldbecher; die abgeschossene Krone ohne den Becher wurden nach Schloß Babelsberg gebracht. — Premier-Lieutenant Didenburg vom 2. Garderegiment zu Fuß, welcher beim Wetrennen am vergangenen Donnerstag mit dem Pferde stürzte, hat sich so bedeutend verletzt, daß eine Operation an der linken Hand vorgenommen und ein Knochenstück entfernt werden mußte. — Der Verein für Leichenverbrennung wählte in seiner am Sonnabend im Café Jennis abgehaltenen Versammlung Herrn Buchhändler Link definitiv zum Vorsitzenden. Weiter beschloß sich der Verein mit den ferneren Agitationsmitteln und beschloß zunächst ein Gutachten der Herren Professor Gneist, Jurist Rath Laue und Ober-Staatsanwalt Luck darüber einzuholen, ob der Leichenverbrennung gesetzlich etwas im Wege stehe.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

## Angekommene Fremde vom 18. Juni.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Fende aus Eöln, Stein aus Berlin, Griesbach aus Eöln, Goldstein a. Erefeld, Harpel und Weber aus Berlin, Marlin aus Grünberg, Wehlau und Goldenring aus Breslau, Kramer a. Göttingen, Postath Hulabel a. Metz, Baumeister Emig aus Halle a. S., die Rittergutsbesitzer Stod a. Burghoff, v. Starzynski a. Gelsow, v. Ritschensien aus Galizien, Frau v. Jagow a. Uhorowo, Elner aus Gratz, Hauptmann Piberz a. Schönbrunn, Bauunternehmer Stammer a. Strzelno, Ass.-Inspektor Fuhrten aus Breslau.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Direktor

Lehmann aus Mische, Lehmann a. Blomew, Baarth und Familie aus Cerechwie, Frau Henke a. Strumian, Rentner von Sarum aus Schweden, Partiquiere G. Braunstein, Frau Braunstein, Frä. Cohn aus San Francisco, die Kaufleute Gauhen aus Magdeburg, Graumann aus Breslau, Juppert aus Magdeburg, Siedt aus Gießen, Reifener und Rabat a. Breslau, Koch, Leichtenritt und Böhm aus Berlin, Kädike aus Halle, Bringer aus Bielefeld, Egeride a. Leipzig, Adolf Unel a. Breslau, H. Mayer a. Mannheim.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Strehlitz aus Frankfurt, Dorfmueller, Stehr und Knoll aus Breslau, Pawelski aus Borkow, Kleiber aus Berlin, Zimmermeister Fiedler a. Polesig, die Rittergutsbesitzer Weiskner nebst Frau aus Kiefow, Kleinert aus Sataling, Mendant Ströck nebst Familie aus Pudewitz, Dr. Kühn aus Kions.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufmann Picht a. Hamm, Paul Gnerich aus Oppeln, Gleizner aus Berlin, Buhle aus Langenbühlau, Gutsbesitzer Rühlich aus Rügen, Mühlenbesitzer Wiele aus Ralmis, die Rentiere Walter und Böhm a. Berlin, Kommissar v. Kuszkowski aus Elbing.

## Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Versailles, 17. Juni. Die Nationalversammlung begann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über Organisation der Munizipalbehörden. Belscalet (Rechte) brachte einen Antrag auf Abänderung des Reglements über die Abstimmung beurlaubter Deputirten ein. Die Dreißiger-Kommission begann die Prüfung der Anträge Berier und Lambert und beschloß, zunächst den Berier'schen Antrag zu diskutieren, sodann einen besonderen Bericht darüber zu erstatten. Man glaubt, die Kommissionsbeschlüsse werden für den Antrag Lambert günstig ausfallen.

Fraustadt, 16. Juni. [Entgegnung]. In dem Referat der der Post-Zeitung Fraustadt, 9. Juni versucht Herr Kaplan Rüdte dem auswärtigen Publikum darzuthun, daß er über seine Kräfte arbeiten müßte. Er beliebt seinen 83 jährigen Ortspfarrer — welcher bei allen Konfessionen der Stadt die größte Achtung genießt und mit Allen im besten Frieden lebt, welcher noch am 1. Pfingstfeiertage in der Pfarrkirche früh um 6 Uhr das Matinimum gesungen, um 9 Uhr Predigt, um 11 Uhr in Seiersdorf Amt und Predigt, und am 2. Feiertage das Hochamt gehalten, ohne sich während des Amtes niederzulegen, wie es L. gethan — einen altersschwachen, fast ganz arbeitsunfähigen Probst zu nennen. Ganz abgesehen von dem Ton dieser Darstellung, der von Pietät und christlicher Liebe nicht Zeugniß ablegt, müssen wir jene Angaben bestritten.

Daß der Probst in Folge einer Erkältung krank geworden, ist wahr; ebenso richtig ist es auch, daß der Kaplan mehrere Wochen krank gewesen. Ist es aber denn nicht die Pflicht des L., dem kranken Probst denselben Liebesdienst der Vertretung zu erweisen, der ihm im gleichen Falle vom Probst während seiner Krankheit geleistet worden?

Der Pferdeschuh guckt aber überall durch. Bei Angabe seines vermeintlich geringen Gehaltes von 250 Thlr. will L. das öffentliche Mißtrauen erregen, verschweigt aber gesichtlich die mit seiner Stellung verbundenen Nebeneinkünfte.

Als Vikar kann L. jeden Tag seine Messe lesen, und da diese wenigstens 10 Sgr. einbringt, so fallen ihm circa 100 Thlr. in den Schoß. Vom Ortsprobst erhält L. nicht wie angegeben 250 Thlr., sondern laut Quittungsbuch 275 Thlr., Milch und Butter. Bei schönere freier Wohnung erhält L. für den Gefangengottesdienst 80 Thlr., von der Realschule 100 Thlr., Neujahrsumgang, Begräbnisse u. circa 50 Thlr. und außerdem honorirt der Probst den L. für besonders geleistete Aushilfe besonders. Diese Stelle ist mithin eine der besten Vikarstellen, und L. wird sich hüten, dieselbe für eine schlechtere Prospektstelle einzutauschen. Ebenso ist es eine Unwahrheit, daß der Ortspfarrer dem Vikar Rüdler die Erlaubniß erteilt hat, im Kloster zu lesen; es klingt dies wie eine Demagogie.

Der Sgr.-Meßsteuer wird wohl von Rüdler nicht gefordert worden sein; es kann sich dies nur auf einen hier wohnenden pensionirten gefunden, und im kräftigsten Mannesalter befindlichen Geistlichen beziehen, welcher bei seinem großen Vermögen für Wäsche, Wein, Richte und Geräthschaften bei Lesung der heiligen Messe an die Kirchentasse 1 Sgr. bezahlt.

Dem alten Schlandrian (welchen?) will L. zu Leibe gehen; das heißt, er will allein herrschen und ihm soll weder Probst noch Kirchenkollegium entgegenstehen.

Die persönlichen öffentlichen Betteleien bei den Kirchthüren wurden ihm verboten, und nun stellt L. sich etwas entfernter auf, kloperte mit Geld in der Hand und nöthigte dadurch die Kirchenbesucher zu einer Gabe, und unter Thränen antwortet er: „Gott bezahls.“ Diese Gaben will L. fürs Kloster verwenden, legt aber Niemandem darüber Rechnung.

Zuletzt meint L. die ganze Gemeinde sei ihm zugethan. Damit kann L. zwar die Auswärtigen dupiren niemals aber die hiesige Gemeinde, welche ihn erkennt.

Es würde jedenfalls vernünftiger, und für L. als Geistlicher weit ehrenbarer sein, wenn er sich mit seinem Probst freundschaftlich verständigte. Alle diese Unannehmlichkeiten würden dann unterbleiben; und würde L. den Ortspfarrer in jeder Beziehung zur Seite stehen; dann würden sicherlich auch Belohnungen nicht fehlen.

Mehrere Gemeindeglieder.

## Graphische Börsenberichte.

Breslau, 17. Juni, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100 pSt. pr. Juni 23 1/2, pr. August-September 24, pr. September-Oktober 22 1/2. Weizen pr. Juni 90. Roggen pr. Juni 64, pr. Juli-August 59, pr. September-Oktober 56 1/2. Rüböl pr. Juni 19 1/2, pr. September-Oktober 19 1/2. Zink fest. — Wetter: Schön.

Bremen, 17. Juni. In Petrozium großes Geschäft, Standard white loco 11 Mark 40 Pf. a 11 Mk. 50 Pf. bez.

Hamburg, 17. Juni, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen loco flau, Roggen loco unverändert, beide auf Termine matt. Weizen 216 pSt. pr. Juni 1000 Rilo netto 256 B., 255 G., pr. Juni-Juli 1000 Rilo netto 250 B., 249 G., pr. Juli-August 1000 Rilo netto 247 1/2 B., 246 1/2 G., pr. August-September 1000 Rilo netto 241 B., 240 G., pr. September-Oktober 1000 Rilo netto 236 B., 234 G. Roggen pr. Juni 1000 Rilo netto 186 B., 185 G., pr. Juni-Juli 1000 Rilo netto 179 B., 178 G., pr. Juli-August 1000 Rilo netto 175 B., 174 G., pr. August-September 1000 Rilo netto 172 B., 171 G., pr. September-Oktober 1000 Rilo netto 171 B., 170 G. Safer fest. Gerste still. Rüböl ruhig, loco 60 Br., pr. Oktober 200 Pf. 61. Spiritus matt, pr. Juni-Juli 50 1/2, pr. Juli-August 52 1/2, pr. August-September 54 1/2, pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 pSt. 55 1/2. Kaffee sehr fest; Umfatz 4000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 11, 20 B., 11, 10 G., pr. Juni 11, 10 G., pr. August-Dezember 12, 10 G. — Wetter: Wolfig, Nacht starker Regen.

Alten, 17. Juni, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: Schön. Weizen behauptet, hiesiger loco 9, 17 1/2, fremder 9, 7 1/2, pr. Juli 8, 15, pr. November 7, 20. Roggen fest, fremder loco 6, 15 a 6, 10, pr. Juli 5, 24, pr. November 5, 15. Rüböl ruhig, loco 11, pr. Oktober 11 1/2. Keimöl loco 11 1/2.

London, 17. Juni. (Getreidemarkt.) Schlussbericht. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 4980, Gerste 930, Safer 44,740 Dtrds.

Der Markt schloß für sämtliche Getreidearten bei schlepplendem Geschäft stetig zu nominell unveränderten Preisen. Hiesiges Mehl 44 bis 45 Sch. — Wetter: Nach starker Regen kühl.

Liverpool, 17. Juni, Nachmittags. Baumwolle (Schlussbericht): Umfatz 12,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Unverändert. Surats matt, amerikanische schwimmend schloß matter.



Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (F. Köstel) in Bosen.